Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 1

Artikel: Links : aber sozialdemokratisch
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339287

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Richard Lienhard

Links — aber sozialdemokratisch

Die SPS bekennt sich gleich den übrigen sozialdemokratischen Parteien des Westens zur offenen Partei. Offen sein heisst nicht keine Grundsätze haben, sondern bedeutet, seine Grundsätze in steter Gesprächsbereitschaft zu vertreten. Das Bekenntnis zur Vielfalt von Ideen und Meinungen – Motor zur geistigen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft – muss ihren Niederschlag in den Organen der Sozialdemokratie finden. Aufgabe eines sozialdemokratischen Redaktors kann aber nicht nur darin bestehen, etwa eine Diskussion in die Wege zu leiten. Er hat auch dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse einer solchen Auseinandersetzung zum Grundsätzlichen hin geführt werden. Zu diesem Zwecke hat er von Zeit zu Zeit Bilanz zu ziehen. Dass er das nicht als Neutrum tun kann, sondern dabei seine eigene Meinung zu vertreten hat, sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Hoffentlich wird es nie einen Paragraphen im Parteistatut geben: «‚Profil'-Redaktor kann nur sein, wer innerparteilich nicht angegriffen wird.»

Theorie und Praxis in der SPS

Es ist das Verdienst von *Fritz Heeb,* mit seinem Leitartikel «Was will die junge Linke eigentlich?» («Profil» 9/75), eine interessante Grundsatzdiskussion eingeleitet zu haben. Sie wurde in der sozialdemokratischen Tagespresse und darüber hinaus aufgegriffen und fand ein starkes Echo. Es sei indessen nicht verschwiegen, dass sich einige Leser mir gegenüber – leider nur mündlich – zum Wort meldeten und die Frage aufwarfen, ob der theoretischen Diskussion in unserm Blatt nicht zuviel Beachtung geschenkt werde. Die Begründung lässt sich etwa wie folgt zusammenfassen: Der Bedarf an Theorie sei zurzeit gedeckt. Viele Theorien seien heute – in Ost und West – verwirklicht worden, ohne dass dadurch die Welt besser geworden sei. Arbeiter und Angestellte seien des Geredes überdrüssig. Die meisten von ihnen möchten wissen, was heute geschehen solle, damit es morgen nicht schlechter werde.

In dieser Kritik liegt sicher ein wahrer Kern. Es drängt mich deshalb, zunächst einiges über das Verhältnis von Theorie und Praxis zu äussern.

Es ist unverkennbar, dass nicht nur in Europa und in Amerika, sondern auch in den sozialistischen Ländern der Trend wieder deutlicher in Richtung pragmatischer Politik geht. Trotzdem darf meines Erachtens die SP

auf die Theorie nicht verzichten. Jede grosse politische Bewegung braucht auch eine grosse Idee und damit eine Theorie («Vorausschau»). Die konservativen Parteien haben es hier leichter. Sie können sich im wesentlichen auf die Verteidigung der bisherigen Ordnung beschränken. Wer aber die Welt zu verändern trachtet, der muss auch an morgen und übermorgen denken. Darum hat die Sozialdemokratie von jeher neben dem tagespolitischen Kampf auch immer die Vision einer bessern, gerechteren Gesellschaft zu vermitteln vermocht.

Nun waren es aber vor allem die Jungsozialisten der Bundesrepublik Deutschland, welche die politische Theorie abgewertet haben. Gewiss ist es ihr Verdienst, dass sie in der Nachkriegszeit und in der Periode zunehmender Wachstumseuphorie das Theoriedefizit entdeckten und versuchten, es auszufüllen. Unglücklich war indessen, wie sie dabei vorgingen. Statt mit Hilfe der Wissenschaft eine zeitgemässe politische Theorie zu entwickeln, griffen sie allzu doktrinär auf den Marxismus zurück und übersahen dabei, dass auch die Lehre von Karl Marx einer Weiterentwicklung bedürftig ist. So modern und progressiv sie sich gaben, in Wahrheit zählten sie sich zu den Konservativen, die in das 19. Jahrhundert zurückkehren wollten. Ihr Einfluss auf die schweizerischen Jusos ist bekannt.

So erklärt sich auch der Rückschlag, den die politische Theorie in unserer Zeit erfahren hat. Trotzdem ist sie keineswegs überflüssig geworden. Sie darf aber nicht aus dem hohlen Bauch kommen. Sie kann auch nicht mehr einfach aus den Gesetzestafeln noch so berühmter Ahnen abgeleitet werden, sondern muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, auf den Ergebnissen des Studiums der gegenwärtigen Gesellschaft bauen.

Damit ist nichts gegen den Pragmatismus gesagt. Pragmatismus ist eine nach dem Amerikaner *Peire* 1878 begründete philosophische Lehre, nach der sich alle theoretischen Erkenntnisse nach praktischen Konsequenzen zu orientieren haben. Wer pragmatisch handelt, richtet sich nach Tatsachen und sucht den Nutzen. Kant hat jenes Handeln als pragmatisch bezeichnet, das sittlichen Zwecken dient. In solchem Handeln erkennen wir aber den politisch denkenden Menschen. Auch der Theoretiker verhält sich nicht anders; denn schliesslich will und soll er der Praxis dienen.

Der Gegensatz zwischen Theoretikern und Pragmatikern wird deshalb künstlich aufgebauscht. Beide gehören zusammen wie die beiden Seiten einer Münze.

Theoretische Diskussion ist daher auch weiterhin unentbehrlich. Sie ist um so fruchtbarer, je mehr die Teilnehmer bereit sind, auf Vorurteile und ideologische Einbahnstrassen zu verzichten. Wer schon die fertige Weltanschauung mitbringt, der kann der Sozialdemokratie in ihrem Ringen um das Verständnis der Menschen nicht dienen. Unsere Partei braucht nicht Doktrinen und Heilslehren, sondern Erkenntnisse, die zu wirkungsvollem Handeln befähigen.

Die «Linke» in der Sozialdemokratie

Jede sozialdemokratische Partei hat ihren linken Flügel. Dies ist auch in der SPS nicht anders. Dass die «Linke» innerhalb der SPS eine politische Kraft darstellt und dank ihrer Aktivität gelegentlich sogar die Szene zu beherrschen versteht, dies hat der Parteitag 1976 in Montreux gezeigt.

Und nun zurück zu der von Fritz Heeb hartnäckig gestellten Frage: Welche politischen Vorstellungen stecken eigentlich hinter dieser Aktivität? Von der Antwort, die darauf *Beat Bürcher* erteilte («Profil» 2/76), konnte sich der «Interpellant» nicht als befriedigt erklären («Profil» 4/76).

Beat Bürcher hat zutreffend darauf hingewiesen, dass es innerhalb der als «Linke» bezeichneten Gruppierung verschiedene Strömungen gibt. Etwas zu pauschal erscheint es mir jedoch, wenn er von zwei Hauptrichtungen spricht: Die eine Richtung sei eindeutig marxistisch orientiert, während die andere aktuelle Probleme anpacke und Aktionen zu entwickeln versuche. Ich sehe bei der jungen Linken drei Elemente: eine *marxistische* Tendenz, eine *antiautoritäre* und eine, die sich *gegen die Konsumgesellschaft* richtet.

Zur *marxistischen* Tendenz: Ich bin zwar nicht Marxist, war aber von jeher der Auffassung, dass es auch heute noch für jeden Sozialdemokraten lohnenswert ist, sich mit den wertvollen Elementen des Marxschen Gesellschaftsdenkens auseinanderzusetzen. Denn alle Impulse der Vergangenheit, die geeignet erscheinen, in die Gestaltung der Zukunft hineinzuwirken, sollen aufgegriffen und erhalten bleiben. Wesentlich scheint mir aber, dass marxistische Vorstellungen für die politische Praxis von *heute* verwendbar gemacht werden; denn die marxistische Theorie ist den Grundproblemen einer modernen Gesellschaft nicht mehr adäquat. Was uns interessiert, das ist «Marx, der Sozialdemokrat».

Was die *antiautoritäre* Komponente der jungen Linken betrifft, so erklärt sie sich aus dem Misstrauen gegenüber dem Apparat, der lange genug auch in der Sozialdemokratie eine gesunde Opposition und manche wertvolle Initiative unterdrückt hat. Es ist aber eine Illusion, zu glauben, es lasse sich die Gesetzgebung ohne Anwendung von Zwangsmitteln durchsetzen. Zwang stellt somit auch das unentbehrliche Mittel der Sozialreform dar. Solange antiautoritär gesinnte Studenten ungestraft Professoren mit Gewalt an der Ausübung ihrer Lehrtätigkeit hindern können, warum sollen dann nicht Unternehmer ihre Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern verletzen oder Hauseigentümer ihre Mieter auf die Strasse stellen? Zudem ist der Widerspruch zwischen der antiautoritären Komponente der Linken und den kollektivistischen Tendenzen des Marxismus nicht zu übersehen: Es ist kaum denkbar, dass eine antiautoritäre Linke etwa für ein planwirtschaftliches Programm zu gewinnen wäre.

Die Opposition der jungen Linken gegen die *Konsumgesellschaft* erklärt sich weitgehend aus der Tatsache, dass der gesteigerte Massenkon-

sum dem bestehenden Wirtschaftssystem zugute kommt. Aber dient er wirklich nur diesem System? Unbestreitbar ist doch, dass er *allen* Gliedern der Gesellschaft zugute kommt. Damit wurden die materiellen Voraussetzungen für ein Mehr an Lebensfreude geschaffen, wie dies vor Generationen noch undenkbar gewesen wäre; deshalb sah auch die Sozialdemokratie von jeher in der Erweiterung der Konsummöglichkeiten einen bedeutenden Fortschritt.

Angesichts solcher Widersprüche erscheint es verständlich, dass es der Linken in der SP nicht leicht fällt, ein Bild der ihr vorschwebenden Gesellschaft zu zeichnen.

Trotzdem sehe ich in Bürchers Stellungnahme einen interessanten Diskussionsbeitrag.

Von Bedeutung ist seine Feststellung, dass sich auch die junge Linke zum Parteiprogramm der SPS bekenne und lediglich einzelne Bestimmungen als revisionsbedürftig betrachte. Dieser Hinweis zeigt, dass sich die «junge Linke innerhalb der SP» jedenfalls in der Theorie sympathisch abhebt von der sogenannten «neuen Linken», die in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie über das Negative nie hinausgekommen ist. Freilich kann ich mich nicht mit allen Thesen Bürchers befreunden. Ich denke da vor allem an seine Ablehnung der *Sozialpartnerschaft*. Im Gegensatz zu der – auch von Bürcher abgelehnten – kommunistischen Totalplanung bekennt sich die Sozialdemokratie zum Prinzip der *mixed economy:* Erhaltung funktionsfähiger marktwirtschaftlicher Strukturen (Anerkennung des Wettbewerbs, wo Angebot und Nachfrage noch richtig spielen), aber auch gemeinwohlorientierte Steuerung von marktwirtschaftlichen Systemelementen durch Kontrolle wirtschaftlicher Macht (Stichworte: Mitbestimmung, volkswirtschaftliche Rahmenplanung, gezielte Investitionslenkung). Mit diesem Prinzip ist die Sozialpartnerschaft durchaus vereinbar. Ihre Bejahung ergibt sich auch aus einem andern Gesichtspunkt: Wenn die Arbeiterschaft etwa um einen Gesamtarbeitsvertrag zu kämpfen hat, so fördert dies ihre Bewusstseinsbildung sicherlich mehr, als wenn ihr jeder soziale Fortschritt durch den Gesetzgeber in den Schoss fällt. Gerade letzteres fördert ja gerade jene passive Konsumentenhaltung, welche insbesondere die Linke so sehr beklagt.

Überhaupt beziehen sich die Differenzen zwischen dem linken und dem rechten Flügel der SP vor allem auf das *Wirtschaftsleben*. Die Linke macht geltend, die Sozialdemokratie beschränke sich mehr als zuträglich auf systemkonforme Reformen, statt systemüberwindenden Reformen das Wort zu reden. Diese Unterscheidung hält einer näheren Prüfung nicht stand. Bedeutet eine Reform eine Verbesserung (was in der Regel der Fall ist, sonst würde sie nicht eingeführt), dann macht sie zwar zunächst das System annehmbarer und trägt dadurch zu seiner Erhaltung bei; aber gleichzeitig verändern sich alle Systeme durch Re-

formen. Im Sinne marxistischer Dialektik ausgedrückt: Eine systembewahrende Reform muss, wenn sie eine bestimmte Quantität erreicht hat, nach dem Hegelschen Prinzip in eine andere Qualität, das heisst in eine systemverändernde, umschlagen[1].

Hier liegt denn auch das Feld, auf dem die Linke ihre Hefte gegenüber der traditionellen Sozialdemokratie revidieren sollte. Die Linke wirft ja der Sozialdemokratie vor, dass sie durch ihre Reformpolitik den Kapitalismus am Leben erhalte und so zu dessen Agentur werde. Dies entspricht indessen einer falschen Optik. Die Sozialdemokratie funktioniert als Kraft, die innerhalb der alten Gesellschaft mitwirkt an der vollen Entfaltung von deren Möglichkeiten. Damit wirkt sie aber auch entscheidend mit an der Entfaltung der Möglichkeiten der *neuen* Gesellschaft. Sozialismus wird Wirklichkeit aus der Fülle des Kapitalismus: «Erst wenn die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voll fliessen» *(Marx).* «Die Stunde der neuen Gesellschaft schlägt, wenn alle ökonomischen, technologischen, politischen, kulturellen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft voll ausgeschöpft sind» *(Günther Nenning).*

Keine Alternative links der SPS

Zustimmung verdient Fritz Heeb, wenn er jede Zusammenarbeit mit linken Splittergruppen ausserhalb der SPS kategorisch ablehnt. Diese Gruppen sind erklärte kommunistische Organisationen. Sie sehen in unserm demokratischen Staatswesen lediglich eine bürgerliche Herrschaftsform des Kapitals. Für die Sozialdemokraten sind dagegen die in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten Grundprinzipien, wie freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Unabdingbarkeit der Menschenrechte (zum Beispiel Organisations-, Gewissens- und Meinungsfreiheit), unverrückbare Grundlage jedes Fortschritts in einer sozialistischen Gesellschaft. Diese Prinzipien dürfen nicht beseitigt werden, sondern sind vielmehr weiter auszubauen.

Noch lebt in mancher linken Hirnmasse die Nostalgie von der Verwandtschaft zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus. Historisch ist das sicher richtig, sind doch die kommunistischen Parteien aus der Sozialdemokratie hervorgegangen. Diese Richtungen haben sich jedoch mittlerweile so stark voneinander entfernt, dass sie zu einem offensichtlichen Antagonismus geworden sind. Ja, es gibt wohl keinen stärkeren Gegensatz zwischen politischen Richtungen als den, der zwischen der kommunistischen Diktatur und der sozialen Demokratie besteht.

Diese Feststellung hat mit Antikommunismus nichts zu tun, sondern entspricht dem alten sozialdemokratischen Grundsatz: *«Aussprechen, was ist.»* Als Antikommunisten verstehen wir jene, die, frei von jedem Demokratieverständnis, mit allen Mitteln der Repression den Kommunisten

[1] Vgl. Bruno Kreisky: Aspekte des demokratischen Sozialismus. S. 104.

das Recht auf Organisation und freie Meinungsäusserung beschränken oder gar absprechen wollen. Für Sozialdemokraten kann hier nur gelten: Wir lehnen zwar jede Art von kommunistischer Ideologie ab; aber wir setzen uns dafür ein, dass sie im freien demokratischen Wettbewerb vertreten werden darf. Das heisst aber nicht, dass die grosse sozialdemokratische Partei den links von ihr angesiedelten Splittergruppen Entwicklungshilfe zu leisten hat.

Dies zum Prinzipiellen. Aber auch aus strategischen Überlegungen lohnt sich der Flirt mit solchen Splittergruppen nicht. Da hierzulande nichts von einer revolutionären Zuspitzung der gesellschaftlichen Gegensätze zu verspüren ist, kann eine Zusammenarbeit mit linksextremen Organisationen in weitern Kreisen der Bevölkerung höchstens Angstreaktionen erzeugen, und davon pflegen regelmässig die konservativen Kreise zu profitieren.

Gewiss soll aus dieser Abgrenzung kein Dogma gemacht werden. Wo es um weniger grundsätzliche Probleme, sondern um blosse Sachfragen geht, wäre etwa gegen eine gemeinsame Abstimmungsparole zum Beispiel auf kommunaler Ebene sicher nichts einzuwenden. Ebensowenig Bedenken hätte ich gegen eine von Bürcher vorgeschlagene gemeinsam durchgeführte Kundgebung zugunsten von Chile. (Fruchtbarer wäre aber, einmal darüber nachzudenken, welche politischen Fehlleistungen seitens der Linken zu der politischen Agonie in Chile geführt haben.)

Das Feld der Linken in unserem Lande liegt somit im Bereich der Sozialdemokratie. Dort muss die Linke ihre wichtige Funktion erfüllen: Sie hat «Hefe im Teig der sozialistischen Bewegung» zu bleiben, hat durch «Anregung und Kritik dazu beizutragen, dass die SP nicht auf ihren Erfolgen ausruht», wie *Otto Böni* richtig schreibt («Profil» 7/76). Insbesondere auf kommunalpolitischem Gebiet können denn auch der jungen Linken – wenigstens in Zürich – erste sichtbare Erfolge nicht abgesprochen werden.

Gegenseitige Kontrolle alternativer Vorstellungen innerhalb der SP ist nicht nur erwünscht, sondern sogar geboten. Diesem Zweck hat eine *repressionsfreie* Diskussion zu dienen. Geschlossenheit und Einmütigkeit einer Partei sind nur dann Ausdruck ihrer politischen Kraft, wenn sie aus dem offenen Dialog erwachsen sind. Unser Nachbarland Österreich gibt uns ein Beispiel für den Erfolg einer Partei, die es verstanden hat, die Kräfte der Linken zu integrieren. Was hindert die schweizerische Sozialdemokratie an dem Versuch, diesem Beispiel zu folgen? Sie kann es. Sie muss es. Ihre Geschichte und ihr Programm verpflichten sie dazu.